

Rauchen bald vier Schlote?

Haseldorfer Infoveranstaltung zu Stader Kraftwerksbauten. Die Planungen für den Bau von vier Kraftwerken auf der anderen Elbseite kommen voran. Werden die Projekte auf der niedersächsischen Seite der Elbe durchweg positiv beurteilt, so sieht man sie in der Haseldorfer Marsch kritisch.

Von Thomas Pöhlsen

Haseldorf/Hetlingen/Haselau/ Stade. Informationen für die Marschmer liefern und gleichzeitig politischen Druck in Richtung Niedersachsen entfalten, will der Haseldorfer Amtsausschuss mit einer Veranstaltung am Donnerstag, 10. April. Mit der Ansiedlung von vier Kraftwerken in Stade wird sich ab 19 Uhr im Haseldorfer Hof beschäftigt.

„Wir hoffen, dass möglichst viele Bürger zu der Veranstaltungen kommen“, erklärte Hetlingens Bürgermeisterin Barbara Ostmeier (CDU). Damit könnten die Bürger mobilisiert und ein Zeichen des Protestes in Richtung Niedersachsen gesetzt werden.

Denn auf dem Verwaltungsweg sind die Projekte nicht zu verhindern, ist die einhellige Meinung der Amtsausschussmitglieder. Die Einwendungen gegen die Müllverbrennungsanlage, die das Unternehmen Procon plant, um mit der Energie ihre Rotorblätterproduktion für Windkraftanlagen zu betreiben, sind weitestgehend abgewiesen worden.

Als ersten Erfolg wertete es Michael Rahn (FW Hetlingen) allerdings, dass für das nächste Projekt – der Bau eines Kohlekraftwerkes durch das belgische Unternehmen Electrabel – die Planfeststellungsunterlagen im Haseldorfer Bürgerbüro und im Amt Moorrege ausgelegt wurden. Bei dem Procon-Projekt sah man diese Notwendigkeit in Niedersachsen noch nicht.

In der Vorplanungsphase sind derzeit noch zwei Kohlekraftwerke in Stade, die von der E.on sowie der EnBW in Kooperation mit Dow Deutschland errichtet werden könnten.

Zwei Behördenvertreter sollen während der Veranstaltung am 10. April Rede und Antwort stehen, eine aus Niedersachsen und einer aus Schleswig-Holstein. Christina Freifrau von Mirbach kommt vom Staatlichen Gewerbeaufsichtsamt in Lüneburg, der Genehmigungsbehörde für weite Teile der Kraftwerksneubauten. Heinz-Dieter Hartwich aus dem Kieler Umweltministerium ist für den Immissionsschutz genehmigungsbedürftige Anlagen zuständig und damit genau der richtige Mann für die Belange der Marschmer.

Mit einem Infoblatt, das per Post verschickt werden soll, wollen die Amtsausschussmitglieder die Bürger zu der Veranstaltung einladen. Kasten

RESOLUTION GEGEN DIE KOHLEKRAFTWERKE

Eine „Resolution gegen die Ansiedlungen von Kohlekraftwerken im Unterelbraum“ hat der Amtsausschuss während seiner jüngsten Sitzung einstimmig verabschiedet. Das Papier, das sich nicht nur gegen die Stader Projekte, sondern auch gegen ein Kohlekraftwerk am Standort Brunsbüttel ausspricht, übernimmt die Formulierungen einer CDU-Resolution, die während eines Kreisparteitages im Februar in Haseldorf verabschiedet worden war.

Die Verwirklichung aller geplanten Kohlekraftwerke würden „alle Anstrengungen zur Reduzierung von Treibhausgasen konterkarieren“, so die Amtspolitiker. Sie fordern die Landesregierungen in Kiel, Hamburg und Hannover auf, für den norddeutschen Raum ein Energiekonzept zu erstellen. Einbezogen werden sollen die Offshore-Windparks.

Weiter heißt es: „Falls der Verzicht auf die Kohlekraftwerke zu einer Energieversorgungslücke im Verbundsystem führen sollte und verlängerte Laufzeiten der Kernkraftwerke nicht durchsetzungsfähig sind, muss bei dem Bau der neuen Kohlekraftwerke ein Stand der Technik berücksichtigt werden, der die gesetzlichen Grenzwerte weit unterschreitet und Kraft-Wärme-Kopplung und die Nachrüstbarkeit für CO₂-Abscheidetechnologien vorsieht.“

Auf Initiative von Michael Rahn (FW Hetlingen) wurde allerdings ein Punkt rausgenommen, den die Kreis-Pinneberger Christdemokraten noch befürwortet hatten. Die Politiker aus der Haseldorfer Marsch unterstützen nicht die Resolution der Steinburger CDU zum gleichen Thema. Das Papier der Christdemokraten aus dem Nachbarkreis hatte die Möglichkeit des Baus eines neuen Atomkraftwerkes offengelassen. (tp)

nordClick/uena vom 19.03.2008 23:25

Quelle im Internet: <http://www.kn-online.de/artikel/2326412>